



Biwöchlicher Monatskalender in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.  
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$  Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer  
fünftausendigen Zeile in Zeitung 1 $\frac{1}{4}$  Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 26. Außerdem übernehmen alle Post-  
amtale Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 18. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 11. Januar 1865.

## Vereinen.

Berlin, 10. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergründigst geruht: Dem kaiserlich österreichischen Wirklichen Geheimen Rath und Kammerer Freiherrn von Neischach, Kammer-Vorsteher des Erzherzogs Franz Carl von Österreich Kaiserliche Hoheit, den rothen Adlerorden erster Klasse, dem kaiserlich österreichischen Kammerer und Major Freiherrn von Wimffen, Kammer-Vorsteher des Erzherzogs Ludwig Victor von Österreich Kaiserliche Hoheit, den königl. Kronenorden zweiter Klasse, dem großherzoglich sächsischen Obersten und Chef des Militär-Commando's von Sydow, und dem großherzoglich sächsischen Major und Bataillons-Commandeur von Moß, den königl. Kronenorden dritter Klasse, so wie dem großherzoglich sächsischen Hauptmann Kuehne, Adjutanten des Militär-Commando's, den königl. Kronenorden vieter Klasse zu verleihen.

Berlin, 10. Jan. [Bei Sr. Majestät dem Könige] fanden gestern im Laufe des Vormittags die Vorträge des Militär- und Civilkabinetts und um 12 Uhr Minister-Conseil statt, welchem auch Se. Königl. Hoheit der Kronprinz beiwohnte. Nach beendetem Conseil nahmen Se. Majestät den Vortrag des Minister-Präsidenten entgegen und empfingen sodann den Bischof von Culm, Herrn v. d. Marwitz.

Zu dem Diner bei Ihren Majestäten waren einige zwanzig Einladungen ergangen, und befanden sich unter den Geladenen der Fürst Bogislaw Radziwill, der General der Infanterie von Werder, der Ober-Ceremonienmeister Graf Stillfried, der Minister der geistlichen Angelegenheiten von Mühlner, der Bischof von Culm, der Bischof von Trier Peldram, der kais. russische Rittmeister Prinz Mestcherski, der Graf Blume, der Dompropst Holzen. Abends erschienen Se. Majestät der König im Opernhaus.

Heute nahmen Se. Maj. der König den Vortrag des General-Adjutanten, General-Lieutenants Freiherrn v. Manteuffel entgegen, empfingen den Polizei-Präsidenten v. Bernuth und um 11 Uhr im Beisein Sr. Königl. Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs und des Commandanten, die militärischen Meldungen der Generalmajors v. Frankenbergh und v. Pfuel, des k. k. österreichischen Oberst-Lieutenants Clanner von Engelshofen, des Königlich bayerischen Seconde-Lieutenants Dümlein, des Obersten v. Glümer, der Oberst-Lieutenants von Nedern und Gans Edler zu Putlitz, der Majors von Horn und des Barres u. a.

[Se. Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Meldungen des Oberst-Lieutenants und Commandeurs des Neumärkischen Dragoner-Regiments Nr. 3, von Nedern, so wie des Landrats des Kreises Greifenberg, Majors a. D. von der Marwitz, entgegen, und begab sich um 12 Uhr zu Sr. Majestät dem Könige zum Conseil.

[Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin] empfing Vormittags Mrs. Wyndham, Gemahlin des englischen Botschafts-Secretärs, Abends 1/2 Uhr die Gräfinnen von Wrangel und von Arnim und die verwitwete Frau Generalin von Lindheim.

(St.-Anz.)

[Se. k. h. der Prinz Friedrich Karl] wird, wie bereits telegraphisch gemeldet, morgen (Mittwoch) Abend, und zwar über Breslau, nach Wien reisen. In Begleitung Sr. k. Hoheit werden sich befinden: Generalleutnant Freiherr v. Molte, Chef des Generalstabes der Armee, Major v. Roos vom Generalstab des 3. Armee-Corps und die persönlichen Adjutanten Sr. k. h. des Prinzen: Major v. Bernuth à la suite des Generalstabes und Lieutenant Freiherr v. Löe, vom Regiment Bieten-Husaren. Wie die „Kreuzz.“ hört, gedenkt der Prinz am 18. d. M. von Wien hierher zurückzukehren. (In Wien werden, dem Vernehmen nach, zwei große Jagden auf Hoch- und Schwarzwild stattfinden.)

[Se. kais. Hoh. der Großfürst Konstantin von Russland] ist heute Morgen mit seinem Sohne, dem Großfürsten Nikolaus, von Petersburg hier eingetroffen, und zum Besuch Höchsteiner Gemahlin nach Goslar weiter gereist. Am 16. wird Se. kais. Hoh., dem Vernehmen nach, auf der Rückreise wieder hier eintreffen.

[Nachtragliches über ein Weihnachtsgeschenk] Es ist bereits gemeldet, daß Se. Maj. der König den Ministerpräsidenten v. Bismarck mit einem sinnigen Weihnachtsgeschenk erfreut hat. Wie die „Kreuzz.“ hört, bestand dasselbe in einem Spazierstock, auf welchem sich — sehr kunstreich in Elfenbein geschnitten — das Bildnis des Königs mit einem Lorbeerkrantz befindet. Se. Maj. soll bei Übersendung desselben geschrieben haben, er sende dem Minister gerade diesen Stock, damit er beim Anblick jenes Kranzes sich stets erinnere, daß er es gewesen, welcher jene Lorbernen gepflanzt habe.

[In dem vorgestern stattgehabten Minister-Conseil] ist, wie wir hören, die Feststellung der Thronrede erfolgt. Die bis jetzt ziemlich allgemein verbreitete Annahme, daß die Regierung dem demnächst zusammenstehenden Landtag eine Denkschrift über die Angelegenheit der Herzogthümer und eine Forderung in Betreff der Kriegskosten in Form einer außerordentlichen Geldbewilligung vorlegen werde, wird als unrichtig bezeichnet. Eine Finanzvorlage in Betreff der Kriegskosten kann um so weniger den Kammern gemacht werden, als die Rechnungen über den Feldzug des vergangenen Jahres noch nicht einmal sämmtlich eingegangen sind, ein Abschluß derselben also noch gar nicht erfolgen konnte. (Vergl. unsere berl. Privatdepesche im heutigen Morgenblatte.)

[Abgeordnete.] Es sind bereits mehrere Abgeordnete zur Eröffnung der beiden Häuser des Landtages hier eingetroffen.

[Für die heute stattfindende Erstwahl eines Stadtverordneten] an Stelle des Fürsten Radziwill war von conservativer Seite Herr Stadtrath a. D. Dr. Wöhrer, von liberaler der Consul Berend aufgestellt worden. Der Letztere ist gewählt.

[Mitwirkung des Bundes.] Aus Wien wird der „B.-u.-H.-Z.“ telegraphiert: Österreich fordert auch für die Regelung der Stellung Preußens in den Herzogthümern die Mitwirkung des Bundes.

[Ehrengeschenk.] Der Bundesrat der Schweiz hat beschlossen, dem Feldmarschall Grafen Wrangel und dem Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz als einen Beweis seiner Dankbarkeit für die freundliche und zuvorkommende Aufnahme, welche den schweizerischen Offizieren während des deutsch-dänischen Krieges in dem Feldlager der Alliierten zu Theil geworden ist, den Dufour'schen Atlas der Schweiz überreichen zu lassen.

[Der jetzige bayerische Staatsminister Frhr. von der Pfolden] hat von München aus ein Abschiedsschreiben an die Bundesversammlung gerichtet, worin er sein Bedauern ausspricht, nicht persönlich von dieser Abschied nehmen zu können. In der letzten Bundesversammlung des vergangenen Jahres war eine Erwiderung dieses Schreibens beschlossen worden, und Herr v. Kübeck hat dieselbe nun Namens-

der Bundesversammlung bereits abgesandt. Es wird in ihr gesagt, daß die Bundesversammlung die Erinnerung an die ausgezeichnete Geschäftsfähigkeit, an die aufopfernde Hingabe und an den regen Eifer, mit welchem Herr v. d. Pfolden an den Verhandlungen Theil nahm, und insbesondere sich den mühevollsten Ausschussvorträgen unterzog (Herr v. d. Pfolden war Mitglied von 20 Ausschüssen), dankbar bewahren und denselben mit warmer Theilnahme auf seinen Lebenswegen, und zunächst in der hohen Stellung begleiten werde, zu welcher ihn das Vertrauen seines Königs berufen habe.

[Die Staatschuld in Schleswig-Holstein.] In einem die Annexion der Herzogthümer an Preußen plaudirenden Artikel wird berechnet, daß, wenn Schleswig-Holstein die Staatschuld übernehmen müßte, die ihm der Frieden auflastet, ferner die leichten Kriegskosten, die erhöhten Pensionen, eine Civiliste und ein Ministerium, wenn es ferner ein Truppen-Contingent zu stellen hätte, es mit einer Staatschuld von fast 70 Millionen Thalern preußisch und mit einem jährlichen Deficit von 11 Mill. Mark beginnt. Nach dem Status von 1860 (nach Gau, Grundsätze der Finanzwissenschaft, berechnet und nach der im dänischen Staatskalender pro 1863 angegebenen Volkszahl) betrugen die Schulden, nach Kopfzahl der Bevölkerung gerechnet, in Preußen (excl. der werdenden Eisenbahnschuld) 12 Thlr. auf den Kopf, deutsche Mittelstaaten und Kleinstaaten 26 Thlr., Österreich 44 Thlr., die Gesamtheit aller europäischen Staaten 48 Thlr. (nach Anderen 49 Thlr.), Frankreich 51 Thlr., Schleswig-Holstein 70 Thlr.

[Nichtbestätigung eines Schulzen.] Aus Alt-Schöneberg bei Berlin (Kreis Teltow) schreibt man der „Woch. Ztg.“: In der am 6. Jan. d. J. stattgehabten Gemeinde-Versammlung kam ein Rescript der vorgesetzten Behörde zur Kenntniß der Gemeinde, wonach der zum Ortschulzen in Vorschlag gebrachte Bauerquistbester Theodor Bergemann n. seitens der Behörde die Bestätigung nicht erhalten habe, weil er, wie es ohne Anführung weiterer Gründe in dem Rescript lautet: „dazu nicht geeignet sei.“ Nun dürfte aber nach Auffassung der ganzen Gemeinde und nach den in der Versammlung darüber fundgegebenen Neuherungen Herr Theodor Bergemann vielleicht der zur Verwaltung dieses Amtes „geeignete“ sein, und ihn, wie wenigstens vermutet wird, wohl nur seine Stimmabgabe als Wahlmann der Behörde als nicht geeignet erscheinen lassen. Diese „Nichtbestätigung eines Ortschulzen“ würde jedoch nur insofern ein besonderes Interesse bei den vielen anderweitigen „Nichtbestätigungen“ haben, als sie gerade in dem „teltower“ Kreise, dem bekannten Schoßlinde von 1848 zur Anwendung kommen müßte, wenn sich nicht daran die praktische Frage knüpfe, bei der als einer Geldfrage „weniger“ Gemüthslichkeit herrschen soll. Herr Theod. Bergemann hatte sich für Liebernahme dieses Ehrenamtes mit der bisherigen Schulzen-Remuneration zufrieden erklärt, der alte Schulze, dem die Weiterführung des Amtes nunmehr von der Behörde übertragen ist, will aber eine Erhöhung dieser Remuneration um 200 Thlr., und da hat die Gemeinde beschlossen, es der Behörde selbstverständlich überlassen zu müssen, allein für die Beschaffung dieser Mehrforderung zu sorgen, und jede Verathung über eine solche abgelehnt. Man ist auf den weiteren Verlauf der Sache gespannt.

[Zwei Polen unter Anklage.] Gestern erschien vor der 3. Deputation des Criminalgerichts zwei Polen, welche zu den Angeklagten in dem fängt vor dem Staatsgerichtshof entschieden Hochverratsprozeß gehörten. Der Leibbibliothekar Rusekoff hatte zur Zeit, als die Verhandlungen in der moabitischen Strafanstalt stattfanden, eines Tages zu dem Inspector der Anstalt sich begeben wollen, um diesem einen Brief zur Weiterbeförderung an seine Adresse zu übergeben. Hierbei soll er mit einem Gefangen-Aufseher, der ihn nicht ungehindert passieren lassen wollte, in Kontakt gerathen sein und sich demselben thätlich widerstellt haben. Er wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der zweite Angeklagte war der Wirtschaftsbeamte Szulaski, welcher der Beleidigung des Kämmergerichtsrath Krüger, der in dem Hochverratsprozeß als Untersuchungsrichter fungirt hatte, angeklagt war. Er hatte an das königl. Obertribunal eine Beschwerde gerichtet, in welcher er sich darüber beklagte, daß Herr Krüger, als er ihn vorführte, um eine Vorladung ihm zu insinuiren, ihn gefragt habe, warum er (der Angeklagte) sein Haar zurückgeläßt, um die Freudenmädchen trage. In seiner Beschwerde an das Obertribunal hatte Szulaski hieran eine Beamerlung getroffen, in welcher eine schwere Beleidigung gefunden wurde. Deshalb Angeklagte wurde zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

## Deutschland.

[Frankfurt, 9. Januar. Eine Circularnote des Herrn v. d. Pfolden.] Die „Europe“ meldet: Der bayerische Minister v. d. Pfolden habe unterm 12. Dezember eine Circularnote über die Politik Bayerns in der deutschen Frage erlassen. In derselben werde die Notwendigkeit einer Reform des Bundes betont und bezüglich Schleswig-Holsteins die Überzeugung ausgesprochen, daß die Herzogthümer von Deutschland nur dem Herzog von Augustenburg zugesprochen werden können.

[Wiesbaden, 8. Jan. Gegen mehrere Mitglieder der neu gewählten Landtags-Opposition] sind theils auf direkte, theils auf indirekte Veranlassung der Regierung Untersuchungen eingeleitet, so z. B. gegen den Procurator Dr. Braun, weil er zum Zwecke der Widerlegung des clericalerseits angeführten: „Seid unterthan der Obrigkeit“, gefragt haben soll, in der Bibel steht aber auch: „Wir sind niemals Iemandes Knechte gewesen.“ Darin soll eine Verlezung der Amts- und Dienstfehre der herzoglichen Landesregierung liegen. Gegen den Grundbesitzer Kling von Langenswabach, weil er in einem vertraulichen Privatbriebe schrieb, der Herzog meine es zwar gut, allein er werde von seiner Umgebung getäuscht, und am Ende bleibe kein anderes Mittel als Steuerverweigerung, wovon ersteres Majestäts-Beleidigung, letzteres sogar Hochverrat sein soll. Ähnlich gegen den Dr. Scherf. Alle diese Untersuchungen werden lange hingehalten. In einer derselben hat sogar das Obergericht gegen den Beamten, der die Untersuchung führte, wegen Verzögerung mit Geldstrafen einschreiten müssen. Unter diesen Umständen vermutet man, es solle, wenn die Untersuchungen zur Zeit des Zusammentretens des Landtages glücklich noch schweben, den Gewählten auf Grund derselben der Eintritt bestritten werden, wie dies vor vierzig Jahren einige deutsche Regierungen zu ihrem eigenen größten Schaden gegenüber hervorragenden Oppositions-Mitgliedern gethan haben, z. B. Württemberg mit Friedrich Liß und Darmstadt mit Ernst Emil Hoffmann. Solche damals schon mißlungene Experimente werden indeß heutzutage, unter wesentlich veränderten Umständen, noch weniger Erfolg haben, sondern höchstens die Notwendigkeit einer nochmaligen Auflösung des Landtages herbeiführen. Besprechungen solcher Dinge sind hier unmöglich, denn das einzige liberale Blatt, das uns geblieben, die „Mittelrhein. Ztg.“ hat abermals eine allerletzte Verwarnung erhalten und wird fast täglich von der offiziellen herzoglichen „Nassauischen Landeszeitung“ unter den

mannichfältigsten Variationen und Redewendungen mit polizeilich-administrativer Unterdrückung bedroht. (K. Z.)

[Schleswig, 7. Jan. Schleswig und Holstein.] Die „Angl. Z.“ schreibt: Wir Schleswiger wollen wohl entschieden eine Staatsheit mit Holstein bilden, uns aber keineswegs von da aus befreien und lassen; wir besitzen nationale und staatliche Eigentümlichkeiten und haben daher ein Selbstständigkeitsgefühl, welches vor Allem einem Abschürungsprozeß in Holstein zu widerstehen ist. Schleswiger und Holsteiner sind wohl nahe verwandte Individuen, es gibt aber gewiss deutsche Volksstämme, welche uns geistig näher zu stehen scheinen, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir es aussprechen, daß uns der Holsteiner dem Meilenburger z. B. näher verwandt zu sein scheint, als eben uns. Einem aufmerksamen Beobachter der Entwicklung der Dinge während des letzten Jahres, kann es überall nicht entgangen sein, einem wie wesentlich verschiedene Charaktere die ganze Bewegung in Schleswig von der in Holstein trägt. Die Rantzen des Augustenburgerthums, welche nach Schleswig herüberlaufen, ranzen aus Holstein und ziehen noch fortwährend daher ihren meistens Lebensstil und Nahrung, und würden rasch verdorren, wenn diese ihnen abgeschnitten würden. Wir behaupten, daß wir Schleswiger vorzugsweise vor den Holsteinern auf dem Rechtsboden des Friedens von Wien stehen, aus welcher Behauptung die Folgerungen sich dann von selbst ergeben werden.

## Dänemark.

[Kopenhagen, 8. Jan. Reichsrath und dänischer Reichstag. — Aus dem Reichsrath. — Verschiedenes.] Von morgen an werden auf dem hiesigen Schloß Christiansburg die beiden Landesvertretungen des Königreiches Dänemark, der verfasste ehemalige dänisch-schleswigsche Reichsrath und der am 4. Nov. v. J. entlassene dänische Reichstag nebeneinander tagen. Es steht also hinsichtlich der parlamentarischen Debatte eine höchst interessante Periode bevor, da der Reichsrath bekanntlich mehr conservativ, der Reichstag dagegen streng demokratisch zusammengesetzt ist, was namentlich von den ersten Kammer (Landstings) beider Repräsentationen gilt, da die Verschiedenheit der zweiten Kammer (Volksstinge) minder scharf hervortritt. Überdies wird die gleichzeitige Anwesenheit von Reichsrath und Reichstag in der Hauptstadt den leidigen, wenn man so will, höchst merkwürdigen Umstand zu Tage fördern, daß bald der Reichsrath, bald der Reichstag nicht in erwünschter Weise seine Sitzungen wird abhalten können, weil zum Mindesten 60 Abgeordnete sowohl im Reichsrath als auch auf dem Reichstage Sitz und Stimme haben. — Die legtägigen Verhandlungen der beiden Reichsrathskammern haben insofern einen beachtenswerten Interesse, als im Landsting durch den Advocate Christensen, im Volkssting durch den Redacteur Hansen der Versuch angestellt wurde, die Incompetenz des Reichsraths in Sachen der Zoll und Schiffsverhältnisse festzustellen. — In beiden Kammer sind aber die entsprechende Proposition, welche mit den jüngsten Demonstrationen der demokratischen Bauernfreunde im engsten Zusammenhang steht, nicht den geringsten Anlang. — Einige hiesige Offiziere und Ministerialbeamten sind augenblicklich mit der Bildung eines Hilfsfonds zu Gunsten der vertriebenen schleswigschen und holsteinschen Beamten beschäftigt. Jeder dänische Beamte soll je nach der Größe seines jährlichen Einkommens von dem diesjährigen Ertrage 1/4 bis 2 Prt. beisteuern. — Gerichtsweise verlautete die Erkrankung des Königs, jedoch widerlegt das Präsidium des Königs in der vorigestrichen Staatsrathssitzung das Gericht. — Wie allgemein versichert wird, soll der junge König Georgios von Griechenland sich in Folge der neuen griechischen Wahlen nach Dänemark zurückziehen. Vorläufig läßt er sich von hier aus Roggenmehl, Brantwein und Sonstiges nach Athen schicken, was sicherlich höchst originell ist. — Das bedeutende stockholmer Handlungshaus Johann Holm, welches vor Kurzem in Folge der mühslichen Gelbverhältnisse Schwedens mit 5 Millionen Thalern preuß. zahlungsunfähig wurde, ist laut telegraphischer Meldung unter einen Verwaltungsrath gestellt worden, und soll gegründete Hoffnung auf die Einlösung aller das genannte, auch mit Deutschland sehr verknüpfte Haus betreffenden Verpflichtungen innerhalb 6 Monate vorhanden sein.

[Kopenhagen, 9. Jan. Volkssting.] Heute wurde das Volkssting des vom 4. November v. J. verlagten Reichstags wieder eröffnet. Der Präsident desselben machte die Anzeige, daß von J. A. Hansen (dem Führer der Bauernfreunde) und 16 Genossen ein Antrag eingebracht sei, auf Aufhebung der in der königlichen Bekanntmachung vom 2. Oktober 1855 angeordneten Beschränkung im Grundgesetz vom 5. Juni 1849. (H. N.)

## Amerika.

[Rio de Plata, 27. November. Über den brasiliisch-argentinischen Streit] liegen jetzt ausführliche Nachrichten vor, die wir vollständig wiedergeben, weil sich allem Anschein nach hier eine neue Phase der amerikanischen Staatenbildung öffnet. Man schreibt nämlich von hier unter dem heutigen Datum Folgendes:

Seit dem Abgang des letzten Dampfers hat sich die Lage am Rio de la Plata nicht merklich verändert. Die brasiliischen Truppen, die in die Republik Uruguay eingerückt waren und Certo Largo besetzt hatten, sind seitdem nicht weiter vorgedrungen. Undersets hat die Allianz Brasilien mit dem Revolutionair Flores diesem bis jetzt noch keine glücklichen Früchte getragen und er ist neulich genötigt worden, verfolgt durch ein Armeecorps der Revolutionstruppen von Uruguay, den Rio Ji zu passiren, um sich den Kaiserlichen Truppen anzuschließen. Der Baron de Lamandare, Befehlshaber des brasiliischen Geschwaders, dessen Versuchen, als den Principe des internationalen Rechts zu widerlaufen, zu energischen Protesten seitens der Montevideo accrediteden europäischen Minister Veranlassung gegeben, hat erklärt, daß die uruguayischen Häfen Salto und Paysandu vom 15. November d. J. ab blockiert werden. Dieser Maßregel hat von Neuem Reclamationen seitens derselben Diplomaten hervorgehufen, die auf die Nachtheile hingewiesen haben, welche der Verbündete des Revolutionairs den Unterhänden der fremden Nationen in Folge der widerrechtlichen Blokade verursachen würde. Die Regierung der argentinischen Republik ist bis jetzt noch nicht aus ihrer anscheinend neutralen Politik gegenüber dem im höchsten Grade verwerflichen Verfahren Brasiliens gegen Uruguay herausgetreten; es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß diese Regierung, deren Sympathie für Flores allseitig bekannt ist, mit Befriedigung auf die Hilfe sieht, die das brasiliatische Kaiserreich diesem Revolutionair gewährt. Das argentinische Volk bildet diese Handlungswise nicht, der grösste Theil der Provinzen dieser Republik spricht sich gegen die Unthätigkeit des Präsidenten Mitte aus, im Angesicht der Politik Brasiliens, die unzweifelhaft die Annexion Uruguays an das Kaiserthum zum Zwecke hat. Nicht minder ist es die Presse der obengenannten Provinzen, die der energischen Haltung Paraguays, das diese Annexion verhindern und seine eigene Unabhängigkeit, welche eine solche Annexion schwer bedrohen würde, vertheidigen will, lebhafte Anerkennung zollt. Man kann wohl als sicher annehmen, daß die argentinischen Provinzen Entre Ríos und Corrientes an dem Kriege gegen Brasilien teilnehmen werden, falls dieses dabei verharren sollte, die Selbstständigkeit von Uruguay anstreifen, ebenso wohl als Paraguay unzweifelhaft seinem Proteste vom 30. August d. J. Folge geben wird. Paraguay ist fest entschlossen und vollständig zum Kriege gegen Brasilien gerüstet, um die Unabhängigkeit von Uruguay zu retten, selbst auf die Gefahr hin, allein gegen das Kaiserreich aufzutreten, denn es erbliekt mit Recht in der aggressiven, revolutionären und absorbierenden Politik

Brasiens gegen Uruguay und in der unerklärlichen Unfähigkeit des Präsidenten Mitte eine entschiedene Gefahr für seine eigene Unabhängigkeit. Unter dem Druck der absoluten Notwendigkeit, in der Absicht und zum Zwecke der eigenen Erhaltung, der Unterstützung der Prinzipien der Ordnung, des Gesetzes und der Moral, die die brasilianische Regierung durch das Bündnis mit Flores mischt, sieht sich Paraguay in die Notwendigkeit versetzt, mit Brasilien Krieg zu führen, wenn es nicht seine ebenso verwerfliche als sterbliche Politik gegen Uruguay ändert. Für Paraguay ist der Zeitpunkt ein ernster und feierlicher, die Nation aber schenkt ihrem Oberhaupt volles Vertrauen, und keiner zweifelt, daß dieser junge Staat, der entschlossen ist, feurig in den Kampf zu treten, mit Ehren und Würden aus diesem hervorgehen wird. General Lopez, Präsident von Paraguay, hat, indem er die energetische Haltung Angehörigen der annexionslustigen Projekte Brasiliens eingenommen, einen Beweis seines Scharfsinns gegeben, er hat ferner gezeigt, daß er ein Staatsmann im wahren Sinne des Wortes ist, denn er hat wohl verstanden, den Ereignissen, die in mehreren amerikanischen Staaten seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in den Verein Staaten gespielt haben, Rechnung zu tragen. Seine Haltung wird die Unabhängigkeit von Uruguay retten, die in den Plänen des brasilianischen Gouvernements ein entschiedenes Hindernis bildet. Es hätte wahrscheinlich nichts Ueberrauschendes, daß Brasilien einen Ausweg ausfindig zu machen sucht, der ihm gestattet, ohne seinem Stolze und seiner Eitelkeit allzu großen Eintrag zu thun, diese Frage schleunigt auf friedliche Weise zu beenden; und dieser Ausgang würde ganz und gar verschieden sein von dem, den Brasilien ursprünglich erhoffte; anstatt Uruguay zu annexieren, könnte Brasilien sehr leicht einige seiner Provinzen bei diesem Kampfe einbüßen. Paraguay ist ganz in der Nähe von Matto Grosso, das keine Hilfe erwarten kann, und den Bewohnern von Entre Rios und Corrientes ist der Weg zur Provinz Rio Grande wohl bekannt.

**SS Breslau.** 11. Jan. [Die gestrige Versammlung des verfaßungstreuen Vereins], welche unter lebhafter Beteiligung im Saale der Humanität stattfand, wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Commerien-Rath Molinari eröffnet. Derselbe äußerte sich etwa wie folgt: Die Rückung, welche der Verein dem Vorstande angewiesen, und die dem Ausschuss ertheilte Vollmacht ließen es unnothig erscheinen, den Verein früher einzuberufen. Dem Beschlusse des Vereins gemäß, sind die Abgeordneten gemeinschaftlich mit der Fortschrittspartei gewählt worden. Anzwischen habe man auch eine der wichtigsten Fragen des Tages, die schleswig-holsteinische, in gemeinschaftlicher öffentlicher Versammlung behandelt. Jetzt handelt es sich um die Erwahlung für den bisherigen Abg. Blüdder. So bedeutende Erfolge Breuken nach außen hin errungen, im Innern ist der Conflict noch nicht beglichen; das Budgetrecht ist noch immer in Frage. Dies macht wünschenswert, daß beide liberale Parteien wieder Hand in Hand geben. Erleichtert sollte dies werden, indem man Herrn Schöller als Kandidat vorstellt, welcher bekanntlich auf dem linken Flügel der Verfaßungstreuen steht. Bei seiner unabhängigen Stellung, seinen volkswirtschaftlichen Kenntnissen als Vertreter von Handel und Industrie, vor Alem wegen seines festen Charakters könnte man nicht glauben, daß seine Kandidatur bei der Fortschrittspartei Anstoß erregen werde. Nach den jüngsten Vorgängen aber durfte der Vorstand nicht mehr nach eigenem Ermessens handeln, er hielt es für Pflicht, auf seine Committenten zurückzugehen und deren Ansicht zu hören.

Nachdem Herr Molinari als Präsident und Herr Rechtsanwalt Petersen zu dessen Unterstützung erwählt war, sagte der letztere im Anschluß an den Vorsitzenden: Seit geraumer Zeit hat die Vereinbarung der beiden liberalen Fractionen in Breslau stattgefunden. Als Justizrat Simon das Mandat als Abgeordneter niedergelegt hatte, wurde Angehöriges der politischen Lage das gemeinsame Vorgehen beschlossen. Damals erklärte sich der Vorstand des "Wahlvereins" mit der Kandidatur Schöller's einverstanden; leider erlaubten es diesem aber seine Verhältnisse nicht, ein Mandat anzunehmen, und da kein anderer Kandidat aus der eigenen Mitte vorhanden war, so schlug man vor, daß auch der dritte Abgeordnete aus der Fortschrittspartei gewählt werde. So blieb die Vereinigung ungetrübt, bis Blüdder sein Mandat niedergelegt. Behusa der Vorschläge für die Erwahlung fand eine Zusammenkunft der beiderseitigen Vorstände statt, in welcher von jener Seite bereitwillig und ohne Diskonanz nunmehr Schöller's Kandidatur anerkannt wurde, naddem dieser sich endlich bereit erklärt hatte, unter gewissen Bedingungen ein Mandat anzunehmen. In der Sitzung des Wahlmänner-Comite's äußerte man jedoch von jener Seite gegen das Resultat der fristlichen Besprechung, welches als ein Beschluß anzusehen sei, es sei bedenklich, daß gerade jetzt in der Fraction gewechselt werden solle, weil man dies leicht als Umstbung auslegen könnte. Hierauf wurde erwidert, Schöller sei bekannt als charakterester liberaler Mann, am wenigsten dürfte seine Wahl gemieden werden, zumal dann, wenn die gesammte Fortschrittspartei für ihn stimmte. Es kam indeß zu keiner neuen Vereinbarung über den Kandidaten, sondern man beschloß, daß die Vereine beider Parteien berufen werden.

Was der "Wahlverein" der Fortschrittspartei hierauf verhandelt hat, ist aus den Zeitungsberichten im Allgemeinen bekannt. Im Einzelnen bemerkte er (Petersen), welcher der Versammlung von der Gallerie aus beigewohnt, daß die meisten Redner für Aufrechthaltung des Bündnisses der liberalen Parteien sprachen. Dr. Stein hob namentlich hervor, wie einflußreich und wichtig die Einigkeit gerade in der gegenwärtigen Situation sei. Der Schlussgipfel dahin, daß einer der letzten Redner die Kandidatur Ziegler's betonte, für welche die Stimmung besonders geneigt schien, obwohl auch Schöller eine Anzahl Stimmen erhielt. Es fragt sich nun, wie sich die verfaßungstreue Partei jetzt verhalten soll? Redner glaubt, ihre politische Ehre und Stellung erfordere, daß sie an Schöller festhalte, von dem auch die Fortschrittspartei anerkenne, der selbe sei vollständig qualifiziert. Es würde die Spaltung der liberalen Parteien in Breslau bedauern; doch wäre er der Überzeugung, daß, wenn der Fall eintrate, dies nicht von der verfaßungstreuen Partei verduldet sei. Es liege noch in der Hand der Wahlmänner, daß die Verpflichtungen gegen die liberale Sache getreulich erfüllt werden. Schließlich beantragte Redner, der Verein möge Herrn Schöller als Kandidat vorstellen und an diesem festhalten.

Herr Pätzl würde ebenfalls die Spaltung gebauen; er glaubt jedoch, die Fortschrittspartei werde für Schöller stimmen, wenn auch nicht alle, doch sehr viele. Deshalb möge der Vorstand für die Festhaltung der Schöller'schen Kandidatur wirken.

Herr Redakteur Oelsner hält die Fortschrittspartei für eine augenblickliche Notwendigkeit und für eine Krankheit (?). Dies sollte kein Vorwurf sein, die Gruppierung sei nur eine Folge der allgemeinen politischen Krankheit. In jedem gefundenen politischen Leben, wie in England, erscheine es lächerlich, wollte man den Fortschritt auf die Fahne schreiben. Bei gefundenen Verhältnissen müssen die Parteien ein ganz bestimmtes politisches Programm haben. In einer Zeit, wo eine Partei Alles conserviren wolle, sei es gefund oder kraft oder verwest, einer solchen Partei gegenüber ferne er nur eine Fortschrittspartei, welcher auch die Verfaßungstreuen angehören, indem man gemeinsam gegen die Reaction ankämpfe. So werde die Sache in der ganzen Provinz Schlesien und sonst überall aufgeschaut; es gebe in Preußen, etwa Berlin und Breslau ausgenommen, nur eine eng verbundene Fortschrittspartei. Wenn hier die Klarstellung verstaunt worden, so ist das ein Fehler; aber wenn man die Verbindung schon heut aufgeben wollte, so sei das viel zu früh, weil noch nichts entschieden, noch gar nichts ausgeklappt. Für ihn gilt daher als das Wichtigste, daß die Einigkeit festgehalten wird. Deswegen könne er nicht leugnen, er hätte einen anderen Namen, als den Schöller's gewünscht, damit den Nebenarten von Umstbung endlich ein Riegel vorgeschieben werde. Wenn das Wahlcomite sich für Schöller, der sich als charakterfest bewährt, entschieden habe, so möchte er nur fragen, ob derselbe an den Forderungen der Fortschrittspartei, hinsichtlich der Militär-Reorganisation, des Budgetrechtes u. s. w. festhalte, ob er auf dem Boden der positiven preußischen Verf. stehe; im Uebrigen erscheine es gleichgültig, ob er blau, rosenrot oder dunkelrot.

Dr. Prof. Braniß erklärte hierauf, der Verein habe seit einer langen Reihe von Jahren bestimmte Prinzipien als Basis festgehalten. Er wolle nicht theoretische Fragen erörtern, was conservativ, Fortschritt und Bewegung sei. Es handle sich um die concrete Frage, wen sollen wir wählen? Von der anderen Seite habe man die Herren Ziegler und Graf Reichenbach vorgeschlagen. Er fragt, ob hier solche Kandidaten in Frage kämen, das sei unmöglich. Es handelt sich darum, wie muß ein Deputierter denken, wie mit unserer Geinnung übereinstimmen, wenn wir ihn wählen.

Herr Oelsner erwähnte, er wisse in diesem Scale nur von einem Kandidaten; was außerhalb der Versammlung geschehen, könne hier nicht erörtert werden. Wenn Schöller die vorhin erwähnten Fragen bejaht, dann ist er sein Kandidat.

Dr. Prof. Röppell ist entschieden der Überzeugung, und hält es für eine politische Notwendigkeit, daß die Verbindung der beiden großen liberalen Fractionen wie bisher aufrecht erhalten bleibe, weil jede Spaltung den Erfolg in Frage stelle, zu dem sie geschlossen. Wie schon gesagt, ist das Ziel noch lange erreicht. Um so mehr bestehet er auf der Kandidatur Schöller; denn er temme in der Stadt keinen andern Mann, dessen Name so zutreffend, der wirkliche Repräsentant der gemeinsamen Bestrebungen wäre,

Jeder Andere würde die Gemeinsamkeit nicht so repräsentiren wie Schöller, und weil er der Ausdruck der Gemeinsamkeit ist, deshalb wolle man an seiner Kandidatur festhalten, und sie durchzuführen suchen. Dazu kommt, daß Schöller der Ausdruck der kaumänischen und industriellen Klassen ist; er schlägt es auch hoch an, daß derselbe unabhängig, nicht Beamter, und also keinem Disziplinarverfahren unterworfen ist. (Bravo.) Die Landesvertretung müsse wesentlich aus unabhängigen bürgerlichen Elementen bestehen.

Mr. Büchler regt an, der Vorstand möge sich durch jüngere volkskundliche Kräfte ergänzen und das Interesse für den Verein neu beleben; dann könne er die Trennung ruhig geschehen lassen. Die Verfaßungstreuen seien auch Fortschrittmänner, aber sie wollen nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen (Heiterkeit), sondern mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse sicher vorgehen. Er hofft, die Partei sei stark genug und werde siegen.

Mr. Traube schließt sich dem Vorsitzenden darin an, daß der Vorstand in vielen Dingen gezeigt habe; er stellt das Amendment, die Partei solle, wenn sie auch in der Minorität bleibe, an dem genannten Kandidaten festhalten.

Herr Prof. Haase erinnerte daran, wie die Allianz in diesem Saale geschlossen worden. Die Situation sei noch dieselbe. Wenn auch seitdem manche große und schöne That geschehen; im Innern des Vaterlandes sei doch wesentlich nicht anders geworden. Er sehe keinen Grund ein, warum man auch nur einen Schritt zurückweichen solle, vorausgesetzt, daß von der andern Seite nicht Opfer verlangt werden, die gegen die Überzeugung dieser Partei seien. Deshalb ist er gegen den Vorschlag, die Verbindung aufzubauen, vielmehr beantragt er, daß dem oben angeführten Antrage des Herrn Petersen ein Satz vorausgeschickt werde, dahin: "die verfaßungstreue Partei ist der Meinung, die bisher bestandene Verbindung der beiden liberalen Parteien werde auch ferner erproblich sein; der Verein betrachtet als Ausdruck dieser Gemeinsamkeit die Wahl des Herrn Schöller und erwartet, daß die verfaßungstreue und die Fortschrittspartei dieseleben unterstützen werde." (Im Laufe der Besprechung vereinigte Herr Petersen seinen Antrag mit dem Hauseschen zu der von uns bereits unter "Abendpost" mitgetheilten Resolution.)

Herr Prof. Röppell hält das Traubische Amendment für unzweckmäßig; noch gebe er die Hoffnung und die Möglichkeit einer Verständigung nicht auf. Herr Oelsner hält es für Pflicht, daß man alle Bitterfeinde vergegne und nur daran denke, was die Sache des Vaterlandes erhebt. — Herr Vorort meinte, der Verein habe die älteste politische Vergangenheit in Breslau, und ein Bewußtsein der Freiheit; eine prononierte Persönlichkeit als Schöller könne er sich auch nicht denken. Herr Oelsner beantragte, es mödte in die Resolution ein Pausa aufgenommen werden, dabir laudet: Der Vorschlag erfolge, "in Rücksicht auf die frühere Vereinbarung und auf Rücksicht auf die Persönlichkeit des Herrn Schöller." Dr. Prof. Braniß erinnerte, wie die Wahlen nach der Auflösung des vorigen Abgeordnetenhausess unter dem allgemeinen Vorlage der preuß. Nation stattgefunden, daß die früheren Abgeordneten wieder gewählt werden. Eine Debatte war damals nicht zulässig. Unsere Deputirten sahen bisher auf der äußersten Linken; er sei gerade nicht der Meinung, daß Breslau nur auf der äußersten Linke repräsentirt sein müsse. Redner beantragte, die Partei solle diesmal frei und selbstständig wählen. Er wünscht, die Partei möge eben so gut wie die anderen 3 Kandidaten vorschlagen, und nenne seinerseits v. Sausen-Zulienfeld.

Endlich erklärte er sich für Trennung der verfaßungstreuen von der Fortschrittspartei, da er den Nutzen einer längeren Verbindung nicht einsehen. Dr. Prof. Haase erwidert, es thue ihm leid, daß er seinem Freunde Braniß in diesem Punkte widersprechen müsse. Was der Wahlverein beschlossen, sind nur die Wahlmänner-Versammlung, deren Erklärung man abwarten wolle. Gefiehlt es nicht von der andern Seite, durch Eigenfinn von unserer Seite soll das Band nicht gelöst werden. (Veb. Brabo.) Nachdem die Herren Oelsner und Röppell in gleichem Sinne gesprochen, wurde die Resolution der Herren Petersen und Haase mit großer Majorität angenommen, und der Braniß'sche Antrag auf Trennung war somit gesunken. Petersen wurde das Oelsner'sche Amendment abgelehnt, die anderen zürdig zogen. Während der Abstimmung entspann sich eine kurze Debatte und gehemmte die Versammlung, daß weitere Vorschläge dem Vorstande überlassen werden.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometersstand bei 0 Grd. in Pariser Liniens, die Temperatur tut der Luft nach Raumur.	Ba- rometer.	Luft- temper- atur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 10. Jan. 10 U. Ab.	331,69	+ 4,0	SW. 2.	Ueberwölkt.
11. Jan. 6 U. Mrg	332,05	+ 3,4	SW. 2.	Trübe.

**Breslau.** 11. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14.9. 9.3. U.-P. 1.7. 6.3. Eisstand.

#### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Darmstadt.** 10. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer haben die anwesenden 24 Mitglieder einstimmig beschlossen, den Beschlüssen der Minorität der zweiten Kammer in Betreff der Strafprozeßordnung und des Regierungs-Entwurfs zuzustimmen. Hierauf erscheint bei der beabsichtigten Stimmendurchzählung die Annahme des Gesetzentwurfs gesichert.

**London.** 10. Jan. Nach den vom "Peruvian" überbrachten Nachrichten aus Newyork vom 31. v. M. setzte Admiral Porter das Bombardement Wilmington's fort, während General Butler, weil er den Angriff von der Landseite her für unausführbar erkannte, nach Fort Monroe zurückgekehrt war. — Vom virginischen Kriegsschauplatz war gemeldet, daß General Lee einen Angriff beabsichtige. — Der General der Consöderierten wurde durch die Unions-Kanonenboote an der Ueberschreitung des Tennessee-Flusses gehindert.

In einer an die brasilianische Regierung gerichteten Note hat der Staatssekretär Seward denselben angezeigt, daß Präsident Lincoln die Vorgänge im Hafen von Babia nicht billige und den Capitän Collins vor ein Kriegsgericht stellen werde. (Weitere Ausführung der in der Morgennummer mitgetheilten Depesche.)

#### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris.** 10. Jan. Nachm. 1 Uhr. Bei Abgang der Depesche wurde die 3pro. Rente zu 67, 15, Credit-Mobilier zu 965, Italien Rente zu 67, 80 gehandelt.

**Paris.** 10. Jan. Nachm. 3 Uhr. Der Finanzbericht Gould's hat nicht die erwartete Wirkung hervorgebracht. Man findet ihn zwar ziemlich günstig, aber nicht so glänzend als man es vermutet hatte. Auch die Ernennung des Staatsministers Rouher zum Präsidenten der Untersuchungs-Commission in der Bantangelegenheit nimmt lebhaft die Aufmerksamkeit der Börse in Anspruch. Eine Petition des Verwaltungsrates der Bank von Frankreich spricht sich gegen die zu großen Gründen gewisser Finanzgesellschaften aus. Man glaubt, Rouher sei der Ansicht, daß gewisse Gesellschaften durch ihre zu großartigen Geschäftoperationen zu bedeutende Capitalien absorbieren. — Die Zproz. eröffnete zu 67, 10, stieg auf 67, 25, ging in Folge der erwähnten Stimmung auf 66, 90 zurück und wurde schließlich zu 67 gehandelt. Die Italien Rente war aus denselben Gründen wie die französische sehr matt. Credit-Mobilier sowie die anderen Wertpapiere waren gleichfalls angeboten. Auch beim Schluß der Börse vor der durch den Gould'schen Bericht berörteren Cindrich noch vorherrschend. Alle Wertpapiere waren beim Schlußmatt und angeboten. Consols von Mittags 1 Uhr waren per Liquidation 89%, und per Februar 90% generell. Schluß-Course: 3pro. Rente 67, Ital. 3proz., Rente 66, 55. 3proz. Spanier 42%. 1proz. Spanier 40. Destr. Staats-Eisenb.-Altien 441, 25. Credit-Mobilier-Altien 955, —. Lombard. Eisenb.-Altien 533, —.

**London.** 10. Jan. Sehr bewegte Börse. 5prozent. Metalliques 72, 49. 1854er Loosse 89, 50. Bank-Altien 790. Nordbahn 186, 90. National-Ant. 80, 60. Credit-Altien 181, 80. Staats-Eisenb.-Altien-Cert. 205, 50. Galizier 225, 75. London 114, 75. Hamburg 86, 60. Paris 45, 80. Gold —. Böhmisches Westbahn 165, —. Neue Loosse 126, 25. 1860er Loosse 95, 90. Lombardische Eisenbahn 244, —. Neueste Lotterie-Altien —. Neueste Anleihe —.

**Hamburg.** 10. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast und ziemlich ruhig. — Rogen. Die Dammschiffahrt ist wieder vollständig eröffnet. Schluß-Course: National-Altien 68. Destr. Credit-Altien 185%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Rhein-Nahbahn 27%. Hessische Ludwigsbahn 130%. 1860er Loosse 83. 1864er Loosse 85%. Böhm. Westbahn —. Finnland. Altien 6%. 1864er Loosse 1882 48%.

**Hamburg.** 10. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast und ziemlich ruhig. — Rogen. Die Dammschiffahrt ist wieder vollständig eröffnet. Schluß-Course: National-Altien 68. Destr. Credit-Altien 77%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant. Anteile 797. Destr. Credit-Altien 185%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant 112%. Rhein-Nahbahn 27%. Hessische Ludwigsbahn 130%. 1860er Loosse 83. 1864er Loosse 85%. Böhm. Westbahn —. Finnland. Altien 6%. 1864er Loosse 1882 48%.

**Hamburg.** 10. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast und ziemlich ruhig. — Rogen. Die Dammschiffahrt ist wieder vollständig eröffnet. Schluß-Course: National-Altien 68. Destr. Credit-Altien 77%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant. Anteile 797. Destr. Credit-Altien 185%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant 112%. Rhein-Nahbahn 27%. Hessische Ludwigsbahn 130%. 1860er Loosse 83. 1864er Loosse 85%. Böhm. Westbahn —. Finnland. Altien 6%. 1864er Loosse 1882 48%.

**Hamburg.** 10. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast und ziemlich ruhig. — Rogen. Die Dammschiffahrt ist wieder vollständig eröffnet. Schluß-Course: National-Altien 68. Destr. Credit-Altien 77%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant. Anteile 797. Destr. Credit-Altien 185%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant 112%. Rhein-Nahbahn 27%. Hessische Ludwigsbahn 130%. 1860er Loosse 83. 1864er Loosse 85%. Böhm. Westbahn —. Finnland. Altien 6%. 1864er Loosse 1882 48%.

**Hamburg.** 10. Jan. Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast und ziemlich ruhig. — Rogen. Die Dammschiffahrt ist wieder vollständig eröffnet. Schluß-Course: National-Altien 68. Destr. Credit-Altien 77%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant. Anteile 797. Destr. Credit-Altien 185%. Destr. Eisenb.-Altien 114. Bant 112%. Rhein-Nahbahn 27%. Hessische Ludwigsbahn 130%. 1860er Loosse 83. 1864er Loosse 85%. Böhm. Westbahn —. Finnland. Altien 6%. 186